

Sitzungsbericht Grosser Gemeinderat Winterthur

Vom: 29.03. 2010

Detaillierter Inhalt über die einzelnen Geschäfte

- Dringliche Interpellation **Schulhaus Wyden, Rekurs gegen Standort Holzschnitzelheizung (10/024)**: Der Stadtrat hat mit den Grundeigentümern gesprochen und ihnen Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Heizung in die Überbauung integriert werden kann. Der Standort befindet sich in einer Wohnzone mit Gewerbeanteil. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, deshalb kann der Stadtrat nicht mehr sagen.
- Die Geschäfte 09/042 (**Gestaltungsplan Lagerplatz**) und 09/106 (**Aufgabenhilfe**) wurden zurückgezogen.
- 1. **Standort Fokus (09/121)**: Als Folge von HS 07 soll die Stadtverwaltung (teil-)zentralisiert werden. Nachdem das Parlament das Archareal als Standort abgelehnt hat, musste der Stadtrat zwei neue mögliche Örtlichkeiten suchen. Der Gemeinderat hat sich für den Superblock und gegen das Grüzefeld entschieden. Hauptgrund ist die bessere Anbindung an den ÖV. Beim Spareffekt sehen wir zusätzliches Verbesserungspotential. Von Seite Stadtrat sind noch Fragen offen.
- 2. **Schulleitung plus (10/009)**: An einer Schule arbeiten Personen mit unterschiedlichen Anstellungsverhältnissen (beispielsweise Hauswarte oder Heilpädagoginnen, angestellt vom Kanton oder von der Stadt, Teilzeit oder Vollzeit). Für die Schulleitungen stellen sich Probleme, wenn es um die Weisungsbefugnis geht. Leistungsvereinbarungen zwischen dem Departement Schule und Sport und den Schulen sollen helfen, Unklarheiten zu regeln.
- 3. **Sondernutzungsplanung „Parkplatz Euelwies“ (10/011)**: Der Reitplatz soll aufgewertet werden, was mehr Autoverkehr mit sich bringen wird. Deshalb sollen die Töss- und Reitplatzstrasse gesperrt und die Parkplätze im Grundwasserbereich aufgehoben werden. Als Ersatz entstehen am gegenüberliegenden Tössufer bewirtschaftete Parkfelder. Der Zugang zum Reitplatz wird über eine neue Fussgängerbrücke erfolgen.
- 4. **Jährlicher Kredit von CHF 95'000.- für die mobile Sozialarbeit (10/001)**: Die mobile Sozialarbeit wird vom Verein Subita durchgeführt und hat einen präventiven Effekt. Durch Spenden kann nur ein Teil der anfallenden Kosten gedeckt werden. Die Zusammenarbeit und die ergänzende Finanzierung durch die Stadt sollen durch eine Leistungsvereinbarung geregelt werden. Müsste die Stadt die Arbeit von Subita selber leisten, käme das teurer.

Folgende Vorstösse wurden überwiesen:

- **Bodenversiegelung (09/127)**. Der Stadtrat soll prüfen, auf welche Weise die Versiegelung der Böden verlangsamt werden kann.
- **Frühförderung Deutsch (09/071)**: Spielerisch oder schulisch eine Sprache lernen? Standardsprache oder Mundart? Wie weit geht die Verantwortung der Eltern, damit ihr Kind eine Sprache lernt? Wer trägt die Kosten? Bei diesen Fragen scheiden sich die Geister. Einigkeit herrschte im Rat, dass früh erworbene Sprachkenntnisse die Chancen der Kinder im Leben verbessern.

Nicht überwiesene Vorstösse:

- Lokale **Beschäftigungsprogramme** in der Krisenzeit (09/069): Die Stadt tut schon viel. Eine Verlagerung der Kosten zur Arbeitslosenversicherung ist nicht möglich. Stellen

müssten in Firmen geschaffen werden, die Stadt hat für ein weiteres Beschäftigungsprogramm kein Geld.

Beantwortete Vorstösse:

- Interpellation betr. **Schuldenberatung und -sanierung** (09/007): Schulden sind für viele Menschen ein Thema. Sie wirken sich auf den Steuerertrag der Stadt aus, unter anderem indem viele zuerst bei den Steuern „sparen“. Private Trägerschaften leisten einen wichtigen Beitrag, die privaten Ausgaben in den Griff zu bekommen.
- Interpellation betr. **Arbeitsintegration von Jugendlichen** (09/067): Im Arbeitsalltag von Jugendlichen gibt es zwei kritische Übergänge: von der Schule in die Ausbildung und nach dem Ausbildungsabschluss ins Berufsleben. Winterthur sind die Hände gebunden, auf Bundesebene werden Lösungen gesucht.
- Interpellation betr. **Bevorzugung gewerblicher Verkehr** (09/034): Gewerblicher motorisierter Individualverkehr innerhalb der Stadt ist weniger flexibel als Pendler- oder Freizeitverkehr. Massnahmen wie Sonderwilligungen oder Bewirtschaftung der Parkieranlagen werden von den Betrieben jedoch wenig genutzt.
- Interpellation betr. **Gestaltung Teuchelweiherplatz** (09/036): Der Parkplatz ist nicht mehr zeitgemäss. Der Bedarf für ein Parkhaus ist fraglich, da die Auslastung nicht konstant und die Kosten hoch wären. Eine neue Weisung wird folgen.
- Interpellation betr. **A1-Umfahrung** (09/066): Die A1 weist eine Spitzenauslastung auf. Tempo 80 brächte Verbesserungen betreffend Verkehrsfluss, Luftqualität und Abnutzung des Belags. Ein Ausbau bringt nur kurzfristig Entlastung. Im Gebiet der Autobahn gibt es keine Messanlage für Feinstaub. Die Stadt sieht keinen Handlungsbedarf.

Für weitere Fragen

Michael Zeugin (Gemeinderat)

Tel 052 534 68 56, Mobile 079 488 70 56, eMail michael.zeugin@grunliberale.ch

Susanne Stöckli (Gemeinderätin)

Tel 052 203 43 67, eMail susanne.stoekli@grunliberale.ch

Absender

Grünliberale Partei Winterthur, eMail winterthur@grunliberale.ch
<http://winterthur.grunliberale.ch>

Information über die Grünliberalen

Die Grünliberale Partei des Bezirks Winterthur wurde am 31. Oktober 2005 gegründet und steht für eine nachhaltige und lösungsorientierte Politik ein. Die Grünliberalen stellen in Winterthur einen Kantonsrat, eine Gemeinderätin, einen Gemeinderat sowie vier Kreisschulpflegerinnen und -schulpfeger. Bei den nationalen Wahlen vom 21. Oktober 2007 erreichte die Grünliberale Partei einen Wählerinnen- und Wähleranteil von 7,01 % für die Stadt Winterthur und 6,55 % für den ganzen Bezirk Winterthur.